

„Die Kamingespräche sind für immer passé“ in Europäische Zeitung (Dezember 2002)

Legende: Im Dezember 2002 beschreibt die deutsche Zeitschrift Europäische Zeitung die Gründung des Europäischen Rates von 1974 durch Valéry Giscard d'Estaing et Helmut Schmidt und die entscheidendsten Momente der Tagungen der Staats- und Regierungschefs vom Dubliner Gipfel im März 1975 bis zur Tagung in Brüssel im Oktober 2002.

Quelle: Europäische Zeitung. Hrsg. Entel, Stefan A.; Brok, Elmar; Prof. Schöndube, Claus; Dr Schoser, Franz ; RHerausgeber Keller, Horst. Dezember 2002, Nr. 12, 53. Jahrgang. Bonn: Europa Union Verlag GmbH.

Urheberrecht: (c) Europa Union Verlag GmbH

URL: [http://www.cvce.eu/obj/die_kamingesprache_sind_fur_immer_passe"_in_europaische_zeitung_dezember_2002-de-7e40d513-4962-444b-9f30-0689ee62812d.html](http://www.cvce.eu/obj/die_kamingesprache_sind_fur_immer_passe)

Publication date: 17/09/2012

Das Auf und Ab der europäischen Gipfelgespräche – von Dublin bis Kopenhagen und danach

Die Kamingsgespräche sind für immer passé

Von Wilhelm Hadler

Ein Medienereignis waren sie stets. Welche Zeitung oder Rundfunk- und Fernsehanstalt will schon auf ihre Präsenz verzichten, wenn die Staats- und Regierungschefs zu ihren vierteljährlichen Beratungen zusammenkommen? Ob sich die Anreise der Reporter lohnt, ist freilich keineswegs sicher. „Nicht selten haben die Gipfelbürokraten schon lange vor den Begegnungen festgelegt, was am Ende herauskommt“, beklagte sich einmal Valéry Giscard d'Estaing.

Dabei war es der damalige französische Staatspräsident, der 1974 zusammen mit seinem Freund Helmut Schmidt die regelmäßigen Treffen der „Chefs“ angeregt hatte. Beide Politiker hofften, die europäische Integration voranbringen zu können, indem sie die wichtigen politischen Entscheidungen selbst in die Hand nahmen und so das Gewicht der Brüsseler Verwaltung und der nationalen Bürokratien zurückdrängten.

Die nämlich waren nach ihrer Meinung für die schleppenden Fortschritte bei der Verwirklichung des gemeinsamen Marktes mitverantwortlich. Statt sich auf einige wichtige Probleme konzentrieren zu können, so meinten sie nicht zu Unrecht, würden die Staats- und Regierungschefs bei ihren informellen Treffen mit einem Wust von technischen Details beschäftigt, die die Suche nach politischen Kompromissen eher erschwerten.

In den Beneluxstaaten war die Idee, mit dem Europäischen Rat eine übergeordnete politische Instanz zu schaffen, zunächst eher auf Skepsis gestoßen. Nicht alle Regierungschefs besaßen nämlich die notwendige Entscheidungskompetenz, vor allem in außenpolitischen Fragen. Der französischen Regierung wurde außerdem die Absicht unterstellt, die Rolle der EU-Kommission im Brüsseler Entscheidungsprozess zu schwächen. Nach den Römischen Verträge besitzt die Kommission ein Vorschlagsmonopol. Es schützt die kleineren Mitgliedstaaten, weil der Ministerrat Vorschläge der Kommission nur einstimmig ändern kann.

„Keine Papiere, keine Beamten“

Schon für die früheren, nur gelegentlich stattfindenden EU-Gipfel galt das Konzept „so informell wie möglich“. Helmut Schmidt gab zum Beispiel die Parole aus: „Keine Papiere, keine Beamten!“ Daher wurden die von Willy Brandt eingeführten „Kamingsgespräche“ auch im Europäischen Rat beibehalten. Die Erweiterung der EU auf neun, später auf zehn, zwölf und 15 Staaten ließ den Teilnehmern allerdings immer weniger Platz am Feuer. Von 2004 an wird sich die Atmosphäre zwangloser Familientreffen wohl noch seltener einstellen.

Die erste Zusammenkunft des Europäischen Rates fand im März 1975 in Dublin statt. Seither haben sich die Staats- und Regierungschefs über 80 Mal getroffen. Viele dieser Gipfeltreffen sind inzwischen vergessen, manche brachten mehr Verwirrung als Orientierung. Einige erwiesen sich jedoch als historisch bedeutsam. Sie haben der europäischen Integration wichtige Impulse gegeben und die europäische Einigung stets ein Stück vorangebracht.

In Erinnerung geblieben ist zunächst die Zusammenkunft von April 1978 in Kopenhagen. In einem viereinhalbstündigen Meinungsaustausch prüften die „Chefs“ damals in engstem Kreise, wie die europäische Wirtschaft den Folgen der starken Dollarentwertung entzogen werden konnte. Der vertrauliche Meinungsaustausch führte wenige Monate später in Bremen zu dem Beschluss über die Gründung des Europäischen Währungssystems (EWS). Es sollte als Vorläufer der Wirtschafts- und Währungsunion die Anfang der 70er Jahre eingeführte „Währungsschlange“ ersetzen. Große Erleichterung brachte im März 1984 die Einigung über den britischen Finanzbeitrag zur EG. Fünf Jahre lang hatten sich die Neun über die von den Briten geforderte Beitragsentlastung (Maggy Thatcher: „I want my money back!“) gestritten. Die Folge war eine weitgehende Blockierung der Entscheidungen in anderen Bereichen, vor allem bei der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik. In Fontainebleau gelang es dem Gastgeber François Mitterrand nach

langem Hin und Her einen Kompromiss zustande zu bringen. Bisher hatten die Briten geltend gemacht, dass sie 4,5 Milliarden DM mehr an die Brüsseler Kasse zu überweisen hätten, als sie Rückzahlungen erhielten. Die neue Formel für die Berechnung des Nettobeitrags brachte ihnen einen „Rabatt“ von 34 Prozent der abzuführenden Mehrwertsteuer. Im Dezember 1985 steckten die Staats- und Regierungschefs in Luxemburg den Rahmen für die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft ab. In 30-stündigen Verhandlungen formulierten sie ein Reformprogramm, das die Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes bis 1992 sowie vertraglich abgesicherte Regeln für die außenpolitische Zusammenarbeit forderte.

Am Rande einer Krise

An den Rand einer Krise geriet die Gemeinschaft 1987. Margaret Thatcher wollte ihr Ja zu einer Aufstockung der EG-Finzen nicht ohne präzise Zusicherungen über eine Begrenzung der Agrarausgaben geben. Nachdem die Staats- und Regierungschefs im Juni ohne Beschlüsse auseinander gegangen waren, fanden sie im Februar 1988 auf einem Sondergipfel in Brüssel Kompromisslösungen. In Madrid segneten die Staats- und Regierungschefs im Juni 1989 den Delorsplan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ab. Er sah drei Stufen vor, deren erste am 1. Juli 1990 begann. Sie verpflichtete die Teilnehmerstaaten zu einer vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs, einer engeren Abstimmung der Wirtschaftspolitik sowie einer Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems EWS.

Dänen verstören die Partner

Erst sah es so aus, wie wenn die Briten den Maastrichter Gipfel im Dezember 1991 zum Scheitern bringen würden. Streitpunkt war vor allem der Versuch, in den Vertrag über die Europäische Union auch Grundsätze für eine gemeinsame europäische Sozialpolitik aufzunehmen. Nach einem Vier-Augen-Gespräch mit dem holländischen Regierungschef Ruud Lubbers lenkte der britische Premier John Major jedoch schließlich ein. Der Prozess der europäischen Integration sollte deutlich vertieft und auf Kernbereiche der Innen- und Außenpolitik ausgedehnt werden. Wichtigste Entscheidungen: Spätestens 1999 wird die Endphase der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) eingeleitet, außerdem planen die Zwölf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Auch in den Bereichen Justiz und Inneres (Asyl, Einwanderung, Drogen, Terrorismus) wollen sie künftig zusammenarbeiten. Das Europäische Parlament erhält erstmals (wenn auch nur für einen eng begrenzten Themenbereich) ein Mitentscheidungsrecht. Den Briten wird allerdings zugestanden, sich an Entscheidungen im Bereich der Sozialcharta nicht halten zu müssen und die Personenkontrollen an ihren Grenzen beibehalten zu dürfen.

Das Nein einer knappen Mehrheit der Dänen zum Maastrichter Vertrag hat die Regierungen verstört. Auf einem Sondergipfel in Birmingham stellten sich die „Chefs“ im Oktober 1992 vor allem die Frage, wie die europäischen Entscheidungsprozesse transparenter und weniger bürokratisch gestaltet werden könnten. In Lissabon hatten sie im Juni immerhin eine positive Zwischenbilanz über die Verwirklichung des einheitlichen Binnenmarktes gezogen. Bis Mitte 1992 konnten rund 90 Prozent der im Weißbuch der Kommission aufgelisteten Liberalisierungsmaßnahmen „abgehakt“ werden.

In Brüssel berieten die Staats- und Regierungschefs im Oktober 1993 über die Umsetzung der Bestimmungen über die Wirtschafts- und Währungsunion, nachdem eine Mehrheit der Dänen im zweiten Anlauf doch noch für den Maastrichter Vertrag gestimmt hatte. Beim Mittagessen mit Hummersalat, Kaviar und Rehbraten einigten sie sich auf Frankfurt als Sitz des Europäischen Währungsinstituts, dem Vorläufer der Europäischen Zentralbank. Grundsätzlich einigten sich die Spitzenpolitiker auch über das Ziel der Osterweiterung. Jedem mittel- und osteuropäischen Staat, der die rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen erfülle, so erklärten sie, solle der Beitritt zur EG offen stehen.

Eklat auf Korfu

Mit einem Eklat endete im Juni 1994 der Gipfel auf Korfu. John Major stimmte als Einziger gegen die Wahl des belgischen Regierungschefs Jean-Luc Dehaene zum Nachfolger von Jacques Delors als Präsident der Brüsseler Kommission. Er sprach von einem „deutsch-französischen Diktat“, weil sich Bundeskanzler Kohl

und Staatspräsident Mitterrand statt für den Holländer Ruud Lubbers für Dehaene stark gemacht hatten. Gewählt wurde am 15. Juli dann der Luxemburger Jacques Santer.

Im Juni 1995 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs in Cannes ein Weißbuch mit konkreten Vorbereitungen für eine Vollmitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer. Im Dezember legten sie in Madrid den 1. Januar 1999 als Datum für den Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion fest. In ihren „Schlussfolgerungen“ unterstrichen sie besonders die Notwendigkeit einer strikten Haushaltsdisziplin und kamen damit vor allem deutschen Forderungen entgegen.

Neuen Streit gab es 1996 mit Großbritannien. Diesmal ging es um die BSE-Krise und das von der EU verfügte Exportverbot für britisches Rindfleisch. Bei ihrem Treffen in Florenz gelang es den „Chefs“ aber Ende Juni, sich auf einen Rahmenplan zur Lockerung des Embargos zu verständigen. Damit machten sie auch den Weg frei für die von London blockierte Konvention über die Aufgaben der gemeinsamen Polizeibehörde *Europol*.

Berlin: Einigung über „Agenda 2000“

Einen weiteren, wenn auch nur kleinen Schritt voran kam Europa mit dem Vertrag von Amsterdam, der am 17. Juni 1997 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde. Er ersetzte den Maastrichter Vertrag und verpflichtete die Mitgliedstaaten, innerhalb von fünf Jahren „einen gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ zu schaffen. Vertraglich festgeschrieben wird der von den Finanzministern ausgehandelte „Stabilitäts- und Wachstumspakt“. Die Handlungsfähigkeit des Rates wird durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in 13 neuen Politikbereichen gestärkt. Dem Europaparlament werden über eine Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens mehr Befugnisse eingeräumt. In der Außen- und Sicherheitspolitik können einzelne Mitgliedstaaten allerdings weiterhin Beschlüsse blockieren.

In Berlin einigten sich die „Chefs“ im März 1999 über die von der Kommission vorgeschlagene „Agenda 2000“. Mit ihr soll die EU „mit wirksameren Politiken ausgestattet werden und die finanziellen Mittel erhalten, um diese Politiken im Geiste der Solidarität durchzuführen“. Der Europäische Rat legte auch eine „finanzielle Vorausschau“ für die Jahre 2000 bis 2006.

Sie bildet nicht nur den Rahmen für die weitere Entwicklung der EU, darunter die Reform der europäischen Agrarpolitik, sondern auch für die Erweiterung der Union. An der Höchstgrenze der EU-Finzen von 1,27 Prozent des Bruttosozialprodukts soll festgehalten werden.

Vier Tage verhandelten die Staats- und Regierungschefs im Dezember 2000 in Nizza über eine Reform der europäischen Institutionen. Dabei ging es darum, die Handlungsfähigkeit der EU nach der bevorstehenden Osterweiterung zu sichern. Jacques Chirac sprach danach zwar von einem „historischen Treffen“, viele Regierungen hatten sich jedoch weiter reichende Beschlüsse gewünscht. Nur wenig verändert wurde vor allem die Stimmengewichtung im Ministerrat. Die Sperrminorität liegt künftig bei 89 von insgesamt 342 Stimmen. Ein großer und drei kleine Mitgliedstaaten können danach zusammen Entscheidungen verhindern. Auch eine deutliche Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen blieb aus. So dürfen die Deutschen Beschlüsse im Asyl- und Zuwanderungsrecht nach wie vor verweigern. Auch das Steuerrecht bleibt auf britischen Druck hin eine Domäne der Mitgliedstaaten.

Laeken: Beschluß zu Konvent

Den Startschuss für eine neue Reformrunde gaben die „Chefs“ ein Jahr später im Brüsseler Vorort Laeken. Der von ihnen beschlossene Konvent soll die Möglichkeiten für eine europäische Verfassung ausloten. An den Beratungen unter Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing nehmen je ein Vertreter der Mitgliedsregierungen, zwei der EU-Kommission, 16 des Europäischen Parlaments und 30 der nationalen Parlamente teil. Auch die Beitrittskandidaten werden zu den Beratungen hinzugezogen.

Eine Einigung über die Finanzierung der EU-Erweiterung wurde nach langen Vorberatungen im Oktober

2002 auf dem Brüsseler Gipfel unter dänischem Vorsitz erzielt. Vorausgegangen war ein deutsch-französischer Kompromiss über eine Einschränkung der Agrarausgaben. Die zehn neuen EU-Staaten, deren Beitritt rechtzeitig vor den im Jahre 2004 anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament vorgesehen ist, werden nur schrittweise in den Genuss der EU-Beihilfen für ihre Landwirte gelangen.

Verzicht auf wechselnde Konferenzorte

Die EU wird, wenn sie handlungsfähig bleiben will, nicht um eine Reform ihrer Entscheidungsstrukturen herumkommen. Darüber, wie der Europäische Rat künftig arbeiten soll, ist von den „Chefs“ jedoch bisher kaum geredet worden. Verabredet wurde zwar eine „wesentliche Straffung“ der Zusammenkünfte, eine Verkleinerung der aus den Hauptstädten mit angereisten Delegationen und ein Verzicht auf wechselnde Tagungsorte. Wichtig ist jedoch vor allem eine genauere Arbeitsteilung zwischen den Ministerräten und den Staats- und Regierungschefs. Nach einer Studie der von Jacques Delors geleiteten Forschungsgruppe „Notre Europe“ ist im Europäischen Rat in den letzten Jahren ein „Verlust an Führungskapazität“ eingetreten. Die Autoren, darunter der langjährige belgische EU-Botschafter, sind der Meinung, dass „zu viele Angelegenheiten auf den Tisch der Staats- und Regierungschefs landen, die an anderer Stelle innerhalb des institutionellen Systems der Union behandelt werden sollten“.